

Offene Fragen der Geschichte Band 6

Chronik von 1944 bis 1945

"Operation Walküre",
Morgenthau-Plan,
Hitlers Vernichtungsstrategie,
Fluchtkatastrophen 1944/1945,
Stalins Liquidationspolitik,
US-Direktive JCS 1067,
"Wilde Austreibungen" der Deutschen,
Potsdamer Abkommen,
Hiroshima und Nagasaki,
Polonisierung Ostdeutschlands ...

Band 6/023

Chronik vom 2. Juli 1945 bis zum 31. Juli 1945

02.07.1945

CSR: Der tschechoslowakische Ministerpräsident Fierlinger fordert am 2. Juli 1945 in einer Rundfunkrede die von Polen besetzten Glatzer Gebiete (Glatz, Leobschütz und Ratibor). Die polnisch-tschechischen Auseinandersetzungen erhalten dadurch neuen Auftrieb (x005/587).

03.07.1945

SBZ: Die SMAD befiehlt am 3. Juli 1945 die Errichtung von Landes- bzw. Provinzialverwaltungen.

Berlin: Die Nordamerikaner und Briten besetzen am 3. Juli 1945 die Westsektoren Berlins.

04.07.1945

Berlin: Johannes R. Becher (1891-1958; Schriftsteller, seit 1919 KPD-Mitglied, erhält 1952 den "Stalin-Friedenspreis", 1954 Kulturminister in der DDR) erklärt am 4. Juli 1945 während einer Rede im Berliner Rundfunkhaus (x073/219, x111/44): >>Eine solche Niederlage wie wir Deutsche sie erlitten haben, stellt die Frage an die ganze Nation. Unsere gesamte geschichtliche Entwicklung ist in Frage gestellt, muß neu überprüft und neu beantwortet werden. Wie konnte das geschehen?

Wie konnte das möglich werden?

Wie ist es möglich geworden, daß Millionen Deutscher - und die meisten wider besseres Wissen - einem Hitler nachfolgten ins Verderben bis zuletzt?

Es ist eine Lebensfrage, eine Frage auf Leben und Tod unseres Volkes. Jeder einzelne von uns, die ganze Nation muß über sich selbst Gerichtstag halten. ...<<

>>... Wir erstreben eine neue, freiheitliche, demokratische Weltanschauung. Wir fordern die Erziehung unseres deutschen Volkes im Geist der Wahrheit, im Geist eines streitbaren Demokratismus: Wir wollen das deutsche Volk mit den kulturellen Errungenschaften aller Nationen, vor allem auch mit denen der Sowjetunion, bekannt machen.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 4. Juli 1945 in ihrem Tagebuch über die Reden zur Gründung des "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" (x111/44): >>... Fast keiner der acht Prominenten, die hier mit der Vergangenheit abrechnen und sich um die Bereinigung unseres Kulturlebens

bemühen, scheint zu bemerken, wie wenig ihm bisher die Bereinigung des eigenen Sprachstils gelungen ist.

Noch immer geht es ihnen um Höchstes und Letztes, um Gewaltigstes und Erhabenstes. Von Schulung, Einsatz, Planung, Zielsetzung und Marschrichtung sprechen sie mit schöner Unbefangenheit. ... Irgendwie hatte sich jeder von uns den Start in die demokratische Erneuerung anders vorgestellt. Handgreiflicher gewissermaßen, aktiver und tatenvoller.<<

WBZ: Die westlichen Alliierten berichten am 4. Juli 1945, daß sie den Sowjets bereits rund 1,5 Millionen russische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene übergeben haben (x133/427).

Österreich: Die Alliierten kündigen am 4. Juli 1945 an, daß Österreich in den Grenzen von 1937 bestehen bleiben soll und in 4 Besatzungszonen sowie Wien (Sonderstatus) eingeteilt wird (x040/290).

"Befreites Österreich"

Österreich wurde nach dem Kriegsende nicht wie ein besiegtes, sondern wie ein befreites Land behandelt. Da Österreich von den Siegermächten offiziell als "Hitler-Opfer" eingestuft wurde, mußte es auch keine Verantwortung für die NS-Verbrechen übernehmen.

Die angeblich "von Hitler gewaltsam unterdrückten Österreicher" sahen diese Befreiungstheorie selbstverständlich genauso. Obwohl fast alle Österreicher den freiwilligen Anschluß begrüßten und "ihren Hitler" jubelnd empfangen hatten, wollten die anpassungsfähigen und "vergeßlichen" Österreicher nach der Niederlage natürlich nichts mehr von den deutschen Verlierern wissen.

Die sowjetischen Befreier wurden damals zwar nicht mit dem donnernden Beifall der deutsch-österreichischen Anschlußfeiern von 1938 begrüßt, aber von Wien bis Graz standen die "befreiten Österreicher" an den Straßen und jubelten den Rotarmisten zu. Die Österreicher, seit jeher der "charmanteste und glücklichste" deutsche Volksstamm, überwandern auch den Zweiten Weltkrieg fast mühelos.

Die wendigen Österreicher rückten sofort von den zertrümmerten deutschen Nachbarn ab und leugneten alle bisherigen freundschaftlichen Beziehungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die ehemals sieg- und erfolgreichen Deutschen plötzlich nur noch die "ewigen Verlierer" und Unpersonen.

Auch die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen erlebten in Österreich fast überall bittere Erfahrungen, denn viele "befreite" Österreicher wollten mit den "besiegten" Deutschen nichts mehr zu tun haben. Wohin die deutschen Heimatlosen auch kamen, in Österreich waren sie fast nirgends willkommen und vielerorts kam es zu offenen Feindseligkeiten. Nur wenn die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen genügend Vermögenswerte besaßen, verhielten sich die einheimischen Österreicher wesentlich "freundlicher".

Fast kein Österreicher erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr daran, daß der radikale Nationalsozialismus gerade vor und nach dem Ersten Weltkrieg in der ehemaligen Donaumonarchie besonders erfolgreich gewesen war.

Die Österreicher verdrängten auch die Tatsache, daß der ehemalige Österreicher Adolf Hitler in erster Linie durch die österreichischen Nationalisten bzw. Judenhasser Georg von Schönerer, Karl Lueger und Adolf Lanz geprägt worden war und daß seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in Österreich ein ausgeprägter Judentumhaß existierte. Die österreichischen "Judenjäger" mußten jedenfalls nachweislich nicht von den deutschen Nationalsozialisten zur Judenjagd gezwungen werden. Zu den "berüchtigsten Österreichern" jener Zeit zählten z.B. Adolf Hitler, Odilo Globocnik, Ernst Kaltenbrunner, Arthur Seyß-Inquart, Franz Stangl und Gustav Wagner.

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die fehlende Solidarität der "befreiten österreichischen Nation" (x024/-235-236): >>... Das "befreite Österreich", das sich aus der gesamtdeutschen Verantwortung

stehlen und den von den meisten Österreichern lebhaft begrüßten Anschluß an Deutschland vergessen machen wollte, war bestrebt, die lästigen Vertriebenen so bald wie möglich nach "Deutschland", also in die westlichen 3 Besatzungszonen, abzuschieben. Eine Eingliederung der Flüchtlinge sollte verhindert werden. Dazu mußten fragwürdige Mittel herhalten.

"Volksdeutsche" durften nur in untergeordneten Tätigkeiten beschäftigt werden, die Kinder von Vertriebenen wurden vom Schulunterricht ausgeschlossen. Sie durften bestenfalls nachmittags die Räume der österreichischen Schulen benutzen. Die Vertriebenen waren größtenteils in Lagern untergebracht. Wenn dort Plätze frei wurden, weil Flüchtlinge nach Westdeutschland übersiedelten, wurden andere aus mühselig beschafften Privatwohnungen in die Lager eingewiesen.

Angesichts dieser diskriminierenden Maßnahmen zogen es tatsächlich die meisten Vertriebenen vor, nach Westdeutschland zu gehen. Von den 1,4 Millionen Vertriebenen, die nach Österreich kamen, blieben nur 350.000. Für den Erhalt der österreichischen Staatsangehörigkeit mußten sie noch kräftig bezahlen und ausdrücklich auf alle Entschädigungsansprüche an den österreichischen Staat für ihre durch die Vertreibung erlittenen Verluste verzichten.

Der österreichische Nationalismus bot, wie Prof. Wilfried Schlauf schrieb, "ein makabres Beispiel moralischer Fragwürdigkeit und das Fehlen jeglicher sozialer Solidarität: Helmut Qualtinger hat dieser Geisteshaltung der 'befreiten österreichischen Nation' in seinem 'Herrn Karl' ein literarisches Denkmal gesetzt." ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" (x075/34): >>... Häufiger kommt es ... vor, daß eine Gruppe, z.B. ein nationaler Verband, danach trachtet, die Verbrechen oder die Beihilfe dazu in Schweigen zu hüllen, weil die Erinnerung daran das gute Gewissen belasten würde.

Österreich pflegte nach 1945 die Erinnerung an das Verbrechen des Anschlusses, die Annexion durch Deutschland 1938; auf diese Weise konnte man sich als Opfer empfinden. Unterschlagen wurden dabei allerdings die massenhafte und weitgehend begeisterte Zustimmung zu dieser Vergewaltigung, sowie die verbrecherischen Handlungen, an denen viele Österreicher nach dem Anschluß beteiligt waren.

Da sie sich in die Opferrolle begeben und dadurch eine Beschuldigung von außen verhindert hatten, wurde das öffentliche Bewußtsein nicht durch die Erinnerung an eine Beteiligung gestört. ...<<

05.07.1945

Berlin: In Berlin erfolgt am 5. Juli 1945 die Gründung der LDPD.

Die LDPD stellt nach ihrer Konstituierung am 5. Juli 1945 ihr Parteiprogramm vor (111/44-45): >>1. Innere und äußere Befreiung Deutschlands vom Schmutz des Hitlertums.

2. Achtung vor den Rechten der Person ohne Unterschied der Rasse, der Klasse, des Alters oder des Geschlechts.

3. Sicherung der elementaren Lebensbedingungen für das deutsche Volk.

4. Wiederherstellung des deutschen staatlichen Aufbaues auf demokratischer Grundlage.

5. Uneingeschränkte Unterstützung aller Maßnahmen zur Sicherung eines Platzes für Deutschland in einer entsprechenden internationalen Organisation.

6. Verzicht auf den Militarismus und auf den Glauben, daß Macht Recht bedeute.

7. Freiheit des religiösen Glaubens und der Religionsausübung für alle.

8. Wiederherstellung des deutschen kulturellen, kommunalen und sozialen Lebens und Bewußtseins. ...<<

WBZ: Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schreibt am 5. Juli 1945 (x095/18-20): >>Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. Rußland läßt einen eisernen Vorhang herunter. Ich glaube nicht, daß es sich bei der Verwaltung der Hälfte Deutschlands, die ihm überantwortet ist, von der Zentralen Kontrollkommission irgendwie beeinflus-

sen lassen wird. Die weiterblickenden englischen und amerikanischen Stellen teilen wohl diesen Standpunkt, denn sie haben keine Hoffnung, in Zukunft aus diesem Teil Deutschlands noch Zuführen an Lebensmitteln zu erhalten.

Hinsichtlich der Verwaltung der britischen, der amerikanischen und der ... französischen Zone herrscht ein verhängnisvolles Durcheinander. Ich glaube wohl, daß die Mehrzahl der militärischen Stellen, die sich zur Zeit mit der Verwaltung dieser Gebiete befaßt, nicht schlechten Willen hat, aber es geht ihnen völlig ab die Kenntnis Deutschlands, Verwaltungserfahrung, namentlich die Einsicht dafür, was auch dieses Restdeutschland für Europa, insbesondere für Mitteleuropa und dafür für England und Frankreich und letzten Endes auch für Amerika bedeutet.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist man über die allerkümmertlichsten Anfänge noch nicht hinausgekommen. So wird es sie interessieren, daß die Förderung im Industriegebiet 10 % normal beträgt und daß von diesen 10 % 7 % nach Frankreich gehen. Daß mit dem Verbleib der 3 % die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann, auch nicht der Eisenbahnverkehr, daß kein Hausbrand zur Verfügung stehen wird, brauche ich nicht zu sagen.

Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<

CSR: Ausweisungsbescheid vom 5. Juli 1945 für Landskron, Sudetenland (x004/324): >>...
Herrn Leopold P. mit allen seinen Familienangehörigen ...

Gemäß dem Beschluß der Verwaltungskommission wird Ihnen aufgetragen, am 5.07.1945, 7 Uhr, auf dem Marktplatz mit allen Ihren Familienangehörigen zwecks Ausweisung aus der Tschechoslowakischen Republik zu erscheinen.

Zu diesem Zwecke können Sie folgende Gegenstände mit sich nehmen:

1. Lebensmittel, soviel Sie ertragen können, wenigstens für 7 Tage;
2. Kleidung (das Nötigste);
3. Waschmittel (Seife, Paste und Zahnbürste usw.);
4. Wäsche, Kinderwäsche, Garnituren usw.;
5. Geld, Wertpapiere, Einlagebücher u.ä.;
6. Schmuck;
7. Kinderwagen.

Ferner wird Ihnen bewilligt, für den Transport Handwagen mitzunehmen. Die Wohnung haben Sie in vollkommener Ordnung zu verlassen. Die Nichtbefolgung dieses Bescheides wird bestraft.

Gegen diesen Bescheid gibt es keine Berufung.<<

07.07.1945

Berlin: Die Alliierten unterzeichnen am 7. Juli 1945 ein Abkommen über die Viermächteverwaltung Berlins.

Die Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion vereinbaren am 7. Juli 1945 freie Verkehrsverbindungen zwischen allen vier Berliner Sektoren (x111/45).

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 7. Juli 1945 in ihrem Tagebuch (x111/44): >>... Die ganze Stadt lebt in einem Rausch der Erwartung. Man möchte sich zerreißen vor Arbeitseifer, möchte tausend Hände haben und tausend Gehirne. Die Amerikaner sind da. Die Engländer, die Russen. Auch die Franzosen sollen im Anzug sein. ...

Wenn man uns jetzt versteht und verzeiht, wird man alles von uns erreichen. Alles! Daß wir dem Nazismus abschwören, daß wir das Neue besser finden, daß wir arbeiten und grundsätzlich guten Willens sind. Noch nie waren wir so erlösungsreif. So müde des Terrors, der Furcht und des Unrechts. Wenn unsere Sieger nur halten, was sie uns versprochen haben.<<

WBZ: Die US-Militärverwaltung tritt am 7. Juli 1945 das Saarland an Frankreich ab.

08.07.1945

Berlin: Ein nordamerikanischer JCS-Offizier berichtet am 8. Juli 1945 (x116/148): >>... Wenn man die große Zerstörung und andere Faktoren bedenkt, so gibt es in Berlin noch erstaunlich viele Theater- und Filmleute. Fast täglich werden neue Theater eröffnet, und in der Volksoper in der Kantstraße sind die Proben für Opernaufführungen in vollem Gange. Vorbehaltlich einer genauen Überprüfung dieser Aktivitäten kann festgestellt werden, daß die Künstler – als Folge der russischen Praktiken – die Erlaubnis zu arbeiten, als selbstverständlich ansehen und beträchtliche Anstrengungen unternehmen, manchmal nehmen sie Fußmärsche bis zu 3 Stunden zu ihrem Arbeitsplatz in Kauf. ...

Allgemein kann über das Personal gesagt werden, daß aufgrund der geringen russischen Intervention und vielleicht aufgrund der Temperamentsunterschiede die Berliner Bevölkerung eher zur Mitarbeit bereit und viel weniger unterwürfig ist, weniger dienert, schmeichelt und zu gefallen sucht, als beispielsweise unsere Münchener Klienten.<<

09.07.1945

Ostdeutschland: Die SMAD stellt Stettin am 9. Juli 1945 unter polnische Verwaltung (x111/46).

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 9. Juli 1945 aus München (x124/38): >>... Wir sind vogelfrei, jeder für sich ein Beutestück. Für Verbrechen an Deutschen fehlt der Kläger. ...

Nach Zeitungsberichten wollen die Russen in absehbarer Zeit ihre Truppen aus der Tschechoslowakei abziehen. ... Mit dem Truppenabzug zwingen sie die Amerikaner, den von ihnen besetzten schmalen Streifen Westböhmens gleichfalls zu räumen. Wehe den Deutschen, die sich bis dahin nicht nach Bayern abgesetzt haben. ...<<

10.07.1945

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 10. Juli 1945 aus München (x124/39): >>... In der britischen Zone soll der Postverkehr längst in Gang gekommen sein. Leute, die uns von drüben besuchen, staunen, wie wenig seit der Kapitulation bei uns in Gang gekommen ist. Die Amerikaner scheinen ausschließlich mit sich selbst beschäftigt zu sein, wir sind für sie kaum mehr als ein notwendiges Übel. ...

Die Masse der aus den Lagern entlassenen Soldaten, untermischt mit heimatlos gewordenen Ostdeutschen, stromert auf den Landstraßen hin und her. Jede Gemeinde ist verpflichtet, den Rückkehrern und Flüchtlingen für eine Nacht Nahrung und Unterkunft zu gewähren. ... Der Schwarzhandel gedeiht, der sich früher wegen der drakonischen Strafen nicht ans Tageslicht wagte. ...<<

Polen: Polens Ministerpräsident Osobka-Morawski kündigt am 10. Juli 1945 öffentlich an, daß man alle Deutschen, die sich noch in Polen und in den "polnisch verwalteten Gebieten" aufhalten, ausweisen wird (x040/290).

11.07.1945

Berlin: Die 4 Siegermächte übernehmen am 11. Juli 1945 die Berliner Verwaltung.

12.07.1945

Berlin: Shukow fordert die Westmächte am 12. Juli 1945 auf, die drei Berliner Westsektoren selbst zu versorgen (x111/47).

UdSSR: Ilja Ehrenburg schreibt am 12. Juli 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162): >>Die Sowjetunion hat die Völker Europas gerettet. Stalin rüttelte jedermanns Gewissen wach ... Wir lieben Stalin.<<

Erich Weinert (Präsident des Nationalkomitees "Freies Deutschland") berichtet am 12. Juli 1945 im Radio Moskau über den "freiwilligen Arbeitseinsatz" der Deutschen in der UdSSR (x111/47-48): >>Hunderttausende von Deutschen haben sich davon Rechenschaft gegeben, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten in den verwüsteten Gebieten Rußlands die Priorität

gegenüber dem Wiederaufbau in Deutschland haben müsse.

Diese Männer haben sich in freier Weise für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Sie wissen, daß sie mit dem Wiederaufbau der von ihnen zerstörten russischen Städte den Grundstein für die Wiederaufrichtung unserer nationalen Ehre legen. ...<<

14.07.1945

Ostdeutschland: Die polnische Regierung ordnet am 14. Juli 1945, um 6 Uhr, per Sonderbefehl die Austreibung der deutschen Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn in Schlesien an (x024/125): >>... 1. Am 14.07.1945, ab 6 bis 9 Uhr, wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.

2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neiße umgesiedelt.

3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.

4. Kein Transportmittel (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.

5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung zurück.

6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli, 10 Uhr, ab.

7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt einschließlich Waffengebrauch.

8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert, Sabotage und Plünderung.

9. Sammelplatz an der Straße Bhf. Bad/Salzbrunn, Adelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Adelsbach.

10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichteвакуierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.

11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hausschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.<<

Berlin: Vertreter der KPD, SPD, CDU und LDP beschließen am 14. Juli 1945 die Bildung eines "Antifaschisten-Blocks" (x116/14): >>... Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitler-Deutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Groß war die Zahl jener Deutschen, die willenslos der Hitlerpolitik folgten und sich damit mitschuldig gemacht haben.

So hat Hitler unser ganzes Volk in ein Chaos von Schuld und Schande gestürzt. Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten.<<

Der "Antifaschisten-Block" kündigt am 14. Juli 1945 folgende Hauptziele an (x111/48-49): >>1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge.

2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.

3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.

4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.

5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung. Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Blockpolitik" in

der SBZ (x009/78-79): >>Taktische Methode zur Durchführung einer "Revolution von oben", Form der interfraktionellen Zusammenarbeit in den Volksvertretungen der SBZ im Gegensatz zur Koalitionspolitik in parlamentarischen Demokratien.

Von kommunistischer Seite als "neue Art der Zusammenarbeit" bezeichnet. Innerhalb des "Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien (gegründet am 14.7.1945, kurz: Antifa-Block) sind Koalitionen einzelner Blockpartner nicht erlaubt.

Beschlüsse werden nur durch Zustimmung aller Fraktionen gefaßt. Mittels der Blockpolitik machte die SED die von ihr in freier parlamentarischer Abstimmung nicht erreichbaren Mehrheitsbeschlüsse überflüssig. Unter Bemäntelung durch parlamentarisch-demokratische Formen erhält der Block die Funktion einer einzigen Partei; Blockpolitik wird zum Einparteiensystem. Die Blockpolitik diente u.a. auch als Begründung für die Einheitsliste bei den Volkskammerwahlen im Oktober 1950.

Seit durch Zulassung der kommunistisch beherrschten NDPD, DBD und der Massenorganisationen zu den Volksvertretungen die Herrschaft der SED gesichert ist, hat die Blockpolitik stark an Bedeutung verloren und ist mehr und mehr durch das Operieren mit der noch stärker SED kontrollierten Nationalen Front ersetzt worden.<<

WBZ: Montgomery lockert am 14. Juli 1945 das Fraternisierungsverbot für die britischen Truppen in Westdeutschland (x111/49): >>... Ihr könnt Euch jetzt mit den Deutschen in den Straßen und in öffentlichen Lokalen in Gespräche einlassen; dagegen dürft Ihr sie nicht in ihren Häusern besuchen und auch nicht zulassen, daß sie die von Euch benutzten Räume betreten, ausgenommen in dienstlichen Angelegenheiten.<<

15.07.1945

WBZ: Das südliche Rheinland wird von der US-Militärregierung am 15. Juli 1945 unter französische Verwaltung gestellt.

Die Zeitung "Süddeutsche Mitteilungen" berichtet am 15. Juli 1945 über die "Säuberung" in der US-Besatzungszone (x114/2.135): >>Ausmerzung nationalsozialistischer Elemente geht weiter.

Frankfurt. – Die Säuberungsaktion des deutschen öffentlichen und Wirtschaftslebens in der von den Amerikanern besetzten Zone Deutschlands geht weiter. Die deutschen Zivilbehörden und die amerikanische Militärregierung arbeiten harmonisch zusammen, um diese Aktion durchzuführen.

Außer den höheren Beamten, Gauleitern und Kreisleitern der NSDAP, außer den Funktionären der SS und anderen Parteimitgliedern, die selbstverständlich hinter Schloß und Riegel sitzen, ist in der letzten Zeit der Entfernung von Nationalsozialisten aus dem Wirtschaftsleben und aus höheren und niederen Regierungsstellen mit Energie angegangen worden.

Bremen. – Bisher wurden in Bremen-Stadt 1.831 Beamte wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen; Bremen-Land ist zu 85 Prozent von Nationalsozialisten in Verwaltungsämtern gereinigt worden. Stadtkreis Wesermünde zu 94 Prozent, Landkreis Wesermünde zu 90 Prozent, Kreis Osterholz zu 91 Prozent und Kreis Wesermarsch zu 85 Prozent. ...<<

16.07.1945

Berlin: Die nordamerikanische "Information Control Division" berichtet am 16. Juli 1945 (x116/10): >>... Die Russen gingen viel schneller als wir an die Wiedererrichtung der Informationsmedien, und versuchten es viel schneller als wir, eine Politik zu praktizieren, die den Wünschen und Empfindungen des deutschen Volkes Rechnung trug.<<

USA: In Los Alamos (New Mexico) gelingt den Nordamerikanern am 16. Juli 1945 der 1. "erfolgreiche Atombombenversuch".

Der US-Physiker Philipp Morrison (1915-2005) berichtet später über die Zündung der ersten Atombombe (x165/469): >>... Ich hatte ein Kurzwellenradio und mußte den Funkverkehr der Leute abhören, die die eigentliche Zündung vornehmen würden. ... Ich hatte ein Mikrophon

und ich übermittelte den Countdown. Ich sagte an: 30 Sekunden, 20 Sekunden, 10 Sekunden, 9, 8, 7, 6 ...

Aus zehn Meilen Entfernung sahen wir den unglaublich strahlenden Blitz. Das war aber nicht das Eindrucksvollste. Wir wußten, daß es blendend hell werden würde, und deshalb trugen wir Schweißbrillen.

Was mich packte, war nicht der Blitz, sondern die gleißende Hitze eines strahlenden Tages auf unseren Gesichtern an jenem kalten Morgen in der Wüste. Es war, als öffne man einen glühenden Backofen, aus dem die aufgehende Sonne strahlte. Es war ein Gefühl von Ehrfurcht und Staunen und Bestürzung und Angst und Triumph zusammen. Das Geräusch kam eine Minute später. Die Explosion in der Totenstille, und dann ein mächtiger Donner. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Atombombe" (x051/42): >>Atombombe, Waffe, die die bei der Atomkernspaltung frei werdende Energie nutzt und damit eine allen traditionellen Sprengstoffen weit überlegene Kraft entwickelt.

Eine Atombombe wurde möglich nach Entdeckung der Urkernspaltung durch den deutschen Chemiker Otto Hahn (1879-1968) und sein Team im Dezember 38. Die für einen Bau der Atombombe erforderliche Industriekapazität war in Deutschland aber nicht vorhanden, zudem standen Vorurteile gegen die "jüdische Atomphysik" im Wege, so daß die Atombombenentwicklung nicht über Ansätze hinauskam.

Die Sorge davor jedoch veranlaßte Einstein am 2.8.39 zu einem warnenden Brief an US-Präsident Roosevelt, der die Entwicklung der Atombombe, das sogenannte Manhattan Project, in Auftrag gab. Sie wurde durch deutsche Ankündigungen von Wunderwaffen forciert; die Atombombe aber war erst nach Kriegsende in Europa einsatzbereit, so daß Japan Opfer der ersten Atombombenabwürfe wurde: 6.8.45 Hiroshima, 9.8.45 Nagasaki.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den 1. "erfolgreichen Atombombenversuch" (x068/257): >>Am 16. Juli 1945 ... wurde in New Mexiko das erste Ungeheuer gezündet, wobei die beteiligten Wissenschaftler mit dem Rücken zur Explosion gewandt, einen kurzen Freudentanz aufführten.

Nur J. Robert Oppenheimer kam in diesem Augenblick "plötzlich eine Stelle aus der 'Bhagavadgita' (religiös-philosophisches Gedicht) in den Sinn: Ich bin zum Tod geworden, dem Zerstörer der Welten". ...<<

17.07.1945

SBZ: Die Konferenz von Potsdam beginnt. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfindet, verhandeln Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage am 28.07.) und Attlee (ab 29.07.) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

WBZ: In Bayern gründet Landesbischof Hans Meiser am 17. Juli 1945 das "Evangelische Hilfswerk der Inneren Mission", um die Not der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu bekämpfen (x024/216): >>... So rufe ich alle Gemeinden unserer Landeskirche auf zu einem umfassenden Hilfswerk der Inneren Mission, das den Kampf aufnimmt mit der Riesennot der Zeit. Die Gemeinde von heute wird entweder eine Gemeinde der barmherzigen Liebe sein, oder sie wird nicht mehr sein.<<

18.07.1945

CSR: Die Prager Tageszeitung "Svobodny Smer" beschwert sich am 18. Juli 1945 über die anglo-amerikanische Einstellung (x028/126-127): >>Es ist unmöglich zu begreifen, wie es noch Leute gibt, welche die Deutschen in Schutz nehmen wollen. ...

Was hilft es uns, wenn die Öffentlichkeit in Amerika unsere Meinung teilt, daß die Deutschen keine menschlichen Wesen sind, sondern nur Halbmenschen, oder wenn sie der These zustimmt, daß die Deutschen so behandelt werden müssen, wie sie es verdienen, wenn zur sel-

ben Zeit junge Leute aus Oklahoma oder Michigan über die Straßen zwischen ... Cheb und Asch in ihren Sechszylindern reisen und kein Interesse zeigen. ...<<

Dänemark: Die dänische Regierung befürwortet am 18. Juli 1945 die Internationalisierung Südschleswigs und des Nord-Ostseekanals (x111/51).

19.07.1945

WBZ: Die französische Militärregierung befiehlt am 19. Juli 1945 allen deutschen Männern (x111/51): >>... (daß sie) Fahnen oder offizielle Wagen (der Militärregierung) zu grüßen haben. (Frauen haben) eine korrekte Haltung einzunehmen.<<

Jugoslawien: Enteignungsbescheid vom 19. Juli 1945 gegen den Volksdeutschen K. I. aus Donji Miholjac, Slawonien (x006/253E-254E): >>Kreis-Volksbefreiungsausschuß ... Beschluß: Auf Grund des Beschlusses ... über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates ... beschließt die bei diesem Kreis gebildete Kommission:

Das gesamte Vermögen des Deutschen K. I. und seiner Familie ... geht in Staatseigentum über. ... Dem bisherigen Eigentümer ist jede Verfügung über das aufgenommene Vermögen untersagt. ...

Jede vorsätzliche Beschädigung, Verbergung oder Wertminderung des Vermögens sowie jede böswillige Veräußerung oder Belastung wird als Verbrechen gegen die Volksinteressen aufgefaßt und nach Art. 31 des Gesetzes über die Konfiskation mit 6 Jahren Zwangsarbeit und dem Verlust der bürgerlichen Ehre bestraft, sofern die Tat nicht auf Grund des Gesetzes über das Volkseigentum noch schwerere Strafen nach sich zieht.

Gegen diesen Beschluß kann binnen 8 Tagen nach Empfang des Beschlusses ... Einspruch erhoben werden. Dieser Beschluß wird nach Ablauf dieser Frist ... sofort vollstreckbar. ...

Tod dem Faschismus - Freiheit dem Volke!<<

20.07.1945

SBZ: Die SMAD läßt am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjetunion transportieren (x111/51).

WBZ: Der katholische Kardinal Faulhaber und der evangelisch-lutherische Landesbischof Meiser kritisieren am 20. Juli 1945 die Entnazifizierungsmethoden der US-Militärregierung in Bayern (x111/51): >>... Die Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse in Bayern halten es für ihre Pflicht, bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden mit der Bitte, in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also nicht pauschal, zu bemessen.

Die geistige Umschulung unseres Volkes von den nationalsozialistischen Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral, die Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste des Christentums, der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau, zu dem wir alle beitragen wollen, dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die "Entnazifizierung im Westen" (x026/64-65): >>... Auch in den drei Westzonen wurden insgesamt etwa 250.000 Menschen in Lagern interniert. Als Rechtsgrundlage fungierte die berühmt-berüchtigte Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis zum Sommer 1947 Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war; danach waren nicht nur alle mutmaßlichen Kriegsverbrecher zu verhaften, sondern auch alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzungsmächte gefährden könnten.

Der parteilose Schriftsteller Ernst Salomon, der zusammen mit seiner jüdischen Frau verhaftet und so gründlich "verhört" worden war, daß er einige Zähne verlor, berichtet über seine Lagererfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone:

"Geprügelt wurde so gut wie ausnahmslos jeder, der in das Lager eingeliefert wurde; die Amerikaner nannten das "overwork" ("überarbeiten"). Geprügelt wurden selbst diejenigen Inter-

nierten, die aus einem anderen Lager kamen, in welchem sie bereits ihren Tribut empfangen hatten, und auch die Generale, die aus dem Kriegsgefangenenlager kamen."

Während in einigen – nicht in allen – US-Lagern ehemalig "Kapos" aus den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesetzt wurden und gewisse vorhersehbare Folgen eintraten, war auch die Behandlung der Gefängnisinsassen nicht immer rechtsstaatlich. Im Malmedy-Prozeß (es ging um den Tod amerikanischer Kriegsgefangener) z.B. mußte sich auf Veranlassung des Verteidigers eine Kommission aus zwei Richtern nachträglich mit den angewandten Verhörmethoden beschäftigen.

Das Ergebnis: Folter dritten Grades war angewendet worden, und "sämtliche Deutsche bis auf 2 in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten".

In der britischen Besatzungszone ereigneten sich solche Vorfälle nur sehr selten. Unter französischer Regie allerdings waren Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit. Eine traurige Berühmtheit erreichte das ehemalige NS-KZ Schirmeck/Natzweiler im Elsaß, wo ab 1944 mutmaßliche französische Kollaborateure und Deutsche unter menschenunwürdigen Zuständen interniert waren. ...<<

"Radio Stuttgart" meldet am 20. Juli 1945 (x114/2.75): >>Alle Personen, die Vorbereitungen treffen oder beabsichtigen, ihren Wohnsitz in Stuttgart aufzuschlagen, gleichgültig ob sie ehemalige Einwohner der Stadt waren oder nicht, werden angewiesen, dies zu unterlassen, da für sie zur Zeit keine Wohnungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Bei dem zerstörten Zustand der Stadt können weitere Bewohner nicht untergebracht werden. Wer ohne Genehmigung der Militärregierung nach Stuttgart zurückkehrt, muß wissen, daß ihm eine Unterkunft verweigert und daß er nach seinem bisherigen Wohnsitz zurückgeschickt wird. ...<<

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 20. Juli 1945 ein Dekret über die Besiedlung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, Madjaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte (x004/235-238): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:

§ 1 Das ... konfiszierte und dem Nationalen Bodenfonds gehörende landwirtschaftliche Vermögen wird, soweit es nicht im Sinne des Konfiskationsdekretes aufgeteilt wird, durch Zuteilung von Boden an berechnigte Bewerber (§ 2) aus Bezirken, in denen ein Mangel an Boden besteht oder in denen für die Landwirtschaft ungünstige Bedingungen herrschen, besiedelt.

§ 2 (1) Um eine Bodenzuteilung im Rahmen der Besiedelung können staatlich und national zuverlässige Angehörige der tschechischen, der slowakischen oder einer anderen slawischen Nation ansuchen ...

§ 3 Ein Vorzugsrecht auf Bodenzuteilung nach diesem Dekret haben die berechtigten Bewerber, die sich im nationalen Befreiungskampf ausgezeichnet und verdient gemacht haben, insbesondere Soldaten und Partisanen, ehemalige politische Gefangene und Deportierte, ihre Familienangehörigen und gesetzlichen Erben sowie auch durch den Krieg geschädigte Bauern. Die Voraussetzungen des Vorzugsrechts auf Zuteilung sind ordnungsgemäß nachzuweisen. ...

§ 5 ... (2) Der zugeteilte Boden geht mit dem Tage der Übernahme des Besitzes in das Eigentum des Zuteilungsempfängers über. Der Zuteilungsempfänger ist verpflichtet, den zugeteilten Boden selbst zu bewirtschaften. Er darf ihn nur ausnahmsweise in besonders begründeten Fällen und nur mit Zustimmung des Nationalen Bodenfonds veräußern, verpachten oder in sonstige Nutzung geben. ...

§ 7 (1) Das landwirtschaftliche Vermögen wird zu Eigentum gegen eine Vergütung zugeteilt, die nach dem Ertrag, der Lage, der Entfernung und dem Zustande der Bearbeitung des Bodens, nach den Familienverhältnissen des Zuteilungsempfängers und in den in § 2 ... ange-

fürten Fällen im Hinblick auf den Wert des überlassenen Bodens festgesetzt wird ...

§ 9 Die von den Zuteilungsempfängern dem Nationalen Bodenfonds gezahlten Vergütungen (§ 7) verwendet dieser Fonds ... zur Milderung der Kriegsschäden und der Schäden, die dem Vermögen der in der Okkupationszeit aus nationalen, politischen oder rassischen Gründen verfolgten Landwirte zugefügt wurden, zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung und für die Innenkolonisation. Die Überschüsse des Nationalen Bodenfonds fließen in die Staatskasse. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Ansiedlungsbewegungen und das Vorgehen gegen Institutionen des deutschen Kulturlebens in der Tschechoslowakei (x004/88-91,94-95): >>Das Dekret des Präsidenten der Republik vom 17. Juli 1945 über die einheitliche Durchführung der Innenkolonisation und das Dekret vom 20. Juli 1945 "über die Besiedelung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, Madjaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte", dessen Bestimmungen durch die Bekanntmachung des Landwirtschaftsministeriums vom 3. August 1945 über die Anmeldungen für eine Bodenzuteilung im Grenzgebiet ergänzt wurden, schufen zusammen mit den einschlägigen gegen die Deutschen gerichteten Gesetzen schon vor der in Potsdam beschlossenen offiziellen Ausweisung die Voraussetzungen, um planmäßig Tschechen und Slowaken in den Sudetengebieten anzusiedeln.

Zu diesem Zweck wurden auch die im Ausland, vor allem in Österreich und in der UdSSR lebenden Tschechen, unter diesen die tschechischen Siedler in Wolhynien zur Rückkehr aufgerufen. ...

Naturgemäß wurden die ergiebigsten Höfe und die produktivsten gewerblichen Betriebe zuerst besetzt. Da die Narodni Spravce (Verwalter) vielfach nicht die geringsten Kenntnisse von der Landwirtschaft oder Betriebsführung besaßen und oft nicht gewillt waren zu arbeiten, verkamen die Höfe und Betriebe, wenn nicht der deutsche Besitzer, um geringen Lohn oder der notwendigen Lebensmittel wegen, die nötigen Arbeiten verrichtete.

Oft verkauften die Nationalverwalter das vorhandene Vieh und die Vorräte oder schafften die beweglichen Güter in ihre Heimatorte und kehrten dann erneut ins Grenzgebiet zurück, um das Verfahren zu wiederholen. Dieser Typus des Narodni, im deutschen und tschechischen Volksmund "Goldgräber" genannt, war so häufig, daß selbst die tschechische Presse die Vorgänge aufgriff und kritisierte, ohne daß sich aber der Zustand änderte. ...

Ein besonderes Problem stellte die Übernahme der großen Industriebetriebe im sudetendeutschen Gebiet dar, unter denen sich Firmen von Weltruf, vor allem in der Textil- und Glasindustrie befanden. Es war bei dem Mangel an tschechischen Facharbeitern und dem ungeheuren Bedarf der tschechischen Industrie selbst, für die der Zweijahresplan 1947/48 besonders in der Slowakei neue Investitionen vorsah, fast unlösbar.

Die wesentlichen Maßnahmen der tschechischen Politiker: Verstaatlichung der Industriebetriebe, Planwirtschaft und Austreibung überschritten sich in ihrer Durchführung und ihren Wirkungen, doch haben sie trotz der entgegenstehenden Überlegungen die Forderungen der radikalen Austreibung gegenüber den Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik fast immer durchgesetzt. In gewissen Bereichen spielte die Austreibungspolitik der Sozialisierung in die Hände. Eindeutig überspielt wurden diejenigen Kreise der tschechischen Politik und Wirtschaft, die einen Stamm deutscher Facharbeiter von der Austreibung ausgenommen sein lassen wollten. ...

Angesichts des ungewöhnlichen Bedarfs an Arbeitskräften, den die Wiederingangsetzung der Industrie in der CSR erforderte, wurden andere, im allgemeinen höchst unzureichende Auswege gesucht, um Abhilfe zu schaffen. In einzelnen Sparten der Industrie, vor allem der Exportindustrie, bahnten sich durch die Enteignung und spätere Austreibung der Deutschen katastrophale Entwicklungen an. So mußten in der Glasindustrie von 2.600 Betrieben nicht weni-

ger als 1.600 ihre Pforten schließen. ...<<

>>... Die gesamte Politik der neuen Tschechoslowakischen Republik zielte nach den Grundsätzen des Kaschauer Programms darauf, die Lebensgrundlagen der Deutschen in der Tschechoslowakei zu untergraben. Diesem von Anfang an offen bekannten Ziele diene auch das Vorgehen gegen die Institutionen des deutschen Kulturlebens, vor allem gegen Kirche und Schule. ...

Mit Ausnahme der Bevölkerung des Kreises Asch und einiger protestantischer Diasporage-meinden gehörten die Sudetendeutschen der römisch-katholischen Kirche an. ...

Das kirchliche Vermögen galt als deutscher Besitz, wenn es von einem Deutschen verwaltet wurde. Zu seiner Sicherstellung entsandten daher die tschechischen kirchlichen Behörden in die Klöster und andere kirchliche Institutionen tschechische Geistliche, die die Vermögensverwaltung übernahmen. Die deutschen Ordensprovinzen im Sudetenland verfielen auf diese Weise der Liquidation ebenso, wie das andere Kirchenvermögen für die deutschen Gläubigen verloren ging. Karitative Hilfsaktionen für die unverschuldet in Not geratene Bevölkerung waren damit unmöglich geworden. ...

Tschechische Priester übernahmen die Pfarreien, die oft monatelang verwaist geblieben waren. Einzelne dieser Geistlichen und ihre Oberen vergaßen Amt und Würde und steigerten durch ihr chauvinistisches Verhalten die Verzweiflung unter den Gläubigen. Andererseits bemühten sich tschechische Priester um die seelsorgerische Betreuung vor allem der in ihren Pfarrbezirken befindlichen Häftlinge, Lagerinsassen und Zwangsarbeiter. Nur allzuoft wurden sie allerdings dabei durch den Druck der öffentlichen Meinung, die jeden Kontakt mit Deutschen als nationalen Verrat brandmarkte, und auch durch radikale Lagerkommandanten und Bewachungsmannschaften behindert. ...

Von der Deutschen Evangelischen Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien, der einzigen rein deutschen kirchlichen Gemeinschaft wurde nach dem offiziellen Abschluß der Austreibung durch ein Gesetz vom 6. Mai 1948 festgestellt, daß sie am 4. Mai 1945 aufgehört habe zu bestehen. Ihr Vermögen wurde in das Eigentum des tschechoslowakischen Staates überführt. ...<<

21.07.1945

SBZ: Während der Potsdamer Konferenz erwähnt man am 21. Juli 1945 im nordamerikanischen Sitzungsprotokoll erstmalig die Umsiedlungsfrage (x128/187): >>... Stalin beharrte darauf, daß auf dem Papier diese Gebiete (deutsche Ostprovinzen) zwar zum deutschen Staatsgebiet gehörten, in Wirklichkeit aber polnische Gebiete seien, da es in ihnen keine deutsche Bevölkerung gebe.

Der Präsident (Truman) bemerkte, daß 9 Millionen Deutsche sehr viel seien.

Stalin behauptete, daß sie alle geflohen seien. (US-Stabschef Admiral Leahy flüsterte Präsident Truman ins Ohr: "Die Bolschewiken haben sie alle umgebracht." - x150/12)

Churchill bemerkte, daß man, wenn dies zutreffe, sich die Möglichkeit überlegen sollte, wie man sie in den Gebieten, in die sie geflohen seien, mit Lebensmitteln versorgen könne, da die Erzeugung des Gebietes, das sie verlassen hätten, nicht für die Ernährung der deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehe.

Churchill sagte, daß seinem Vernehmen nach im Rahmen des von der sowjetischen Regierung unterbreiteten polnischen Planes ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des deutschen Gebietes vom Jahre 1937 vom deutschen Gebiet abgetrennt würde, von dem man bei der Versorgung mit Lebensmitteln ausgehe. Das sei ungeheuerlich.

Was die Bevölkerung anbetreffe, so schein es so zu sein, daß 3 bis 4 Millionen Menschen aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie ausgesiedelt würden, die Zahl der aus dem deutschen Gebiet auszusiedelnden Bevölkerung vor dem Kriege sich jedoch auf 8,5 (Millionen) belaufen habe.

Es liege auf der Hand, daß es eine schwerwiegende Sache sei, deutsche Bevölkerungsteile geschlossen auszusiedeln und das übrige Deutschland mit ihrer Versorgung zu belasten, wenn man ihnen die Möglichkeit zur Versorgung mit Lebensmitteln genommen habe. ...

Stalin sagte, das Gebiet sei von den Polen bewohnt, die die Felder bearbeiteten, und nicht von Deutschen. Es sei unmöglich, von den Polen zu verlangen, die Felder zu bearbeiten und die Lebensmittel den Deutschen zu geben. ...<<

US-Präsident Truman erklärt zum Schluß (x150/13): >>Ich kann mich im Hinblick auf die Lösung der Reparationsfrage und im Hinblick auf die Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kohle nicht mit der Fortnahme des östlichen Teils von Deutschland in den Grenzen von 1937 einverstanden erklären.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die sowjetisch-polnischen "Täuschungsmanöver" während der Potsdamer Konferenz (x039/142-143): >>... Angesichts dieser Einwohnerzahlen (von etwa 5 bis 6 Millionen) für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie im Sommer 1945 stimmte es merkwürdig, daß bei der fünften Sitzung der Potsdamer Konferenz am 21. Juli 1945 Stalin behauptete, daß nicht ein einziger Deutscher auf dem Territorium lebe, das Polen übergeben werden sollte.

Die Provisorische Regierung wurde auch gebeten, ihre Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Präsident Boleslaw Bierut sprach von nur 1,5 Millionen Deutschen in den fraglichen Gebieten und sie würden "freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei ist".

Damit wurden Churchill und Truman, die über die Zahl der noch umzusiedelnden Deutschen berieten, absichtlich getäuscht.

Churchill selbst hatte immer wieder gesagt, daß die Zahl der umzusiedelnden Deutschen in einem angemessenen Verhältnis zu den polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten stehen müßte: "Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen ... war zu viel und völlig falsch."

Bezüglich der Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat sagte er: "Es konnte Polen nicht gut tun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten war. Die Ruhr lag in unserer Zone und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden ließ, mußte es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen."

Doch die Westalliierten kontrollierten nicht die Gebiete, aus welchen die Deutschen umgesiedelt werden sollten. Erst später bemerkten sie die Täuschungsmanöver der Polen und der Russen, die verschwiegen, daß die angestrebte Vertreibung weitere 5,6 Millionen Menschen umfassen sollte.

Erst im November 1945, als sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin um einen besseren Überblick bemühte, wurde klar, daß sehr viel mehr Deutsche, als vorher behauptet, noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebten. Die Polnische Regierung sprach nun von 3,5 Millionen.

Dazu bemerkte Sir Orme Sargent in einem internen Bericht des britischen Foreign Office: "Genau so, wie wir in Potsdam ... betrogen wurden, als sie behaupteten daß nur 1,5 Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollkommission gemeldet wurden."

Er sollte Recht behalten.<<

CSR: Handelsminister Ripka erklärt am 21. Juli 1945 während einer Pressekonferenz (x111/52): >>... Ich möchte feststellen, daß wir viel zu nachsichtig gewesen sind und daß die Fälle, in denen wir vielleicht etwas zu streng umgingen, Ausnahmerecheinungen waren. Bisher ha-

ben nur wenige Deutsche unsere Heimat verlassen.

Ich bin mir durchaus bewußt, daß eine Umsiedlung eine brutale Maßnahme ist, doch kann nur auf diese Weise unser Problem gelöst werden. Jedenfalls ist es eine Unmöglichkeit, Tschechen und Deutsche in einem Staat gemeinsam leben zu lassen. Maximal werden wir 800.000 Mitglieder einer Minderheit bei uns lassen.<<

22.07.1945

SBZ: Im Verlauf der Potsdamer Konferenz legt die tschechoslowakische Regierung den 3 Großmächten am 22. Juli 1945 Pläne für die "geordnete Aussiedlung" der Deutschen und Magyaren aus der CSR vor (x039/229).

Churchill begründet am 22. Juli 1945 nochmals seine Ablehnung, die polnische Westgrenze an die westliche Neiße zu verlegen (x150/13): >>Wir hegen ... einige Zweifel moralischer Art, ob eine so große Bevölkerungsumsiedlung wünschenswert ist. Wir sind im Prinzip mit einer Umsiedlung einverstanden, jedoch nur in den gleichen Ausmaßen, wie die Bevölkerung östlich der Curzon-Linie umgesiedelt wird. Wenn von einer Umsiedlung von 8 oder 9 Millionen Menschen die Rede ist, dann halten wir das nicht für richtig. ...<<

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 22. Juli 1945 über das Flüchtlingslager in Bremke, Kreis Göttingen (x123/12): >>22. Juli 1945. ... Bremke liegt noch in der englischen Zone. Aber bereits das nächste thüringische Dorf gehört zum sowjetischen Bereich.

Niemand darf bei schwerer Strafe die Demarkationslinie überschreiten. Seltsamerweise besteht diese aus der alten hannoverschen Landesgrenze von 1866, dem Jahre also, in dem das Königreich Hannover aufhörte zu bestehen und preußische Provinz wurde. Die britischen Truppenkommandeure wußten um diese Grenze ziemlich gut Bescheid, brachten vorgezeichnete Karten mit und taten so, als ob sie bereits immer hier gewesen wären. ...

Die englischen Posten haben auch Posten an der Straße nach Heiligenstadt aufgestellt, die Tag und Nacht darüber wachen, das niemand aus der englischen Besatzungszone in die sowjetische Zone überwechselt. ...

Umgekehrt lassen die Engländer auch niemanden in der Richtung Ost-West passieren. ...<<

23.07.1945

SBZ: Bei der Potsdamer Konferenz wird am 23. Juli 1945 die Abtretung von "Königsberg und Umgebung" erörtert. Über das Schicksal der zurückgebliebenen ostpreußischen Bevölkerung diskutiert man überhaupt nicht (x150/14).

Die Sowjets bestätigen am 23. Juli 1945 die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Banken" in der SBZ (x009/54): >>Mit dem Einzug der Roten Armee wurden alle Geld- und Kreditinstitute in der SBZ geschlossen (SMAD-Befehl Nr. 1 vom 28.4.1945) und deren Aktiva (Bargeld, Wertpapiere und sonstige Werte) beschlagnahmt.

Mit Ausnahme der Genossenschaftsbank wurden die Banken nicht wieder eröffnet. Sie hatten Liquidationsbilanzen zu erstellen und wurden enteignet, staatliche und kommunale Institute gingen in das Eigentum der neuen Verwaltungen über. ...

Zur Bedienung eines gesetzlich festumrissenen Kundenstammes und zur Lösung spezieller Aufgaben innerhalb der Planwirtschaft bestehen heute neben der Notenbank und den Genossenschaftsbanken, Sparkassen, die Deutsche Investitionsbank und die Deutsche Bauernbank.

...

Die Banken haben neben den traditionellen Geschäften im kommunalen Wirtschaftssystem die zentrale Aufgabe, den gesamten Wirtschaftsprozeß zu überwachen ("Kontrolle durch die Mark"), Planabweichungen und ihre Ursachen sind zu registrieren und mit den Betrieben Maßnahmen zu deren Beseitigung einzuleiten.

Die Banken haben das Recht, die Konten der Betriebe, die Erfüllung der Kennziffern, die

Verwendung der Kredite zu kontrollieren und unter Umständen Sanktionen zu verhängen (Strafzinsen, Kreditsperre); sie können sogar auf die Tätigkeit der Betriebsleitungen Einfluß nehmen.<<

WBZ: Mehr als 500.000 US-Soldaten führen am 23. Juli 1945 eine Waffenrazzia durch, die 48 Stunden dauert. Bei dieser Aktion werden rund 80.000 Personen verhaftet (x111/52).

Der Tübinger Historiker Johannes Haller berichtet am 23. Juli 1945 in seinem Tagebuch über einen französischen Befehl, "ungewollte Schwangerschaften durch marokkanische und algerische Soldaten" nicht abzurechnen (x111/52-53): >>... Den Ärzten ist Abtreibung in Fällen von Vergewaltigung bei strenger Strafe verboten. Rassenpolitik mit umgekehrtem Vorzeichen – Entarisierung der deutschen Nation! ... Kein Zweifel, daß die Tübinger Bevölkerung u.ä. wohl überall in 20 bis 30 Jahren anders aussehen wird.

Mir ist "das Blut" nicht die Hauptsache; wie wird sich der Charakter gestalten? Das scheint mir wichtiger. Vorläufig hat er durch die 13 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft erheblich, empfindlich gelitten.<<

24.07.1945

SBZ: Eine polnische Delegation begründet während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 die Notwendigkeit der Oder-Neiße-Linie. Polen soll ein Staat ohne nationale Minderheiten werden. Das Schicksal der Minderheiten wird nicht diskutiert (x150/14).

Churchill warnt vor der polnischen Expansion nach Westen (x039/229).

US-Präsident Truman informiert Stalin am 24. Juli 1945 "beiläufig" über den erfolgreichen Atombombentest in Los Alamos, um ihn einzuschüchtern (x116/68).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Stalins Reaktion in Potsdam (x068/257-258): >>... Der Kremlchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.

Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern. Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen.

Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss, Donald Hiss, Maurice Halperin, Robert T. Miller. Im Innenministerium: William Park, Joseph Gregg, Bernhard Redmond. Auch im Justizministerium, im Landwirtschaftsministerium, im Handelsministerium saßen Sowjetspione. Im Pentagon (US-Verteidigungsministerium) hockten die Moskauer Agenten: Duncan Lee, Helen Tenney, ... William L. Ullmann, George Silverman, ... Edward Fitzgerald, John Abt, Irving Kaplan u.a.

Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten: "Das einzige, was gegen Harry Dexter White unternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".

Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsickerte, brach der McCarthyismus aus. Nun fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinahe hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<<

25.07.1945

SBZ: Die SMAD ordnet am 25. Juli 1945 in Mitteldeutschland die Einrichtung von 11 Zentralverwaltungen an, die von Anfang an Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen besitzen und sich bald zu zentralen Regierungsstellen in der SBZ entwickeln (x009/506).

Die SMAD befiehlt am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.

2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.

3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit befinden.

4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Verantwortung gezogen werden.<<

Während der Potsdamer Konferenz vom 25. Juli 1945 geht es vor allem um die Anzahl der umzusiedelnden Ost- und Sudetendeutschen (x150/14-15): >>Die Polen geben zu, daß sich 1,5 Millionen Deutsche in dem von ihnen im Westen besetzten Gebiet befinden. ...

(Churchill meinte dagegen), es gebe 2,5 Millionen Sudetendeutsche und etwa 150.000 Reichsdeutsche, die die Tschechoslowaken "loswerden" wollten. ... Das ist ein großes Unternehmen, 2,5 Millionen Menschen umzusiedeln. Aber wohin soll man sie umsiedeln? ...

(Stalin antwortet später:) Mir scheint, die Umsiedlung ist schon erfolgt! ...

(Churchill entgegnet jedoch:) "Wir glauben nicht, daß schon eine große Anzahl Deutscher von dort fortgegangen ist, und vor uns bleibt das Problem stehen, wie diese Frage zu lösen ist. ... Mögen sich die Außenminister mit dieser Frage beschäftigen und die Fakten feststellen. ...<< Stalin und Truman stimmen danach Churchills Vorschlag zu.

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 25. Juli 1945 über das Flüchtlingslager in Bremke, Kreis Göttingen (x123/12-14): >>25. Juli 1945. Es kommen jetzt jeden Tag Dutzende von Menschen aus Richtung Heiligenstadt, um die sowjetisch-englischen Linien zu überschreiten. Zumeist sind es Evakuierte, die vor den Bombern der alliierten Luftflotten aus den Städten des Ruhrgebietes in die ruhigeren Gegenden des Thüringer Waldes oder in kleine sächsische Dörfer transportiert wurden. Sie möchten jetzt wieder nach Hause, in ihre Heimat, obwohl dort kaum ein Stein auf dem anderen steht. ...

Wenn sie auf einen britischen Posten stoßen, so kann es sein, daß er die Menschen ohne Rücksicht auf Wetter oder Weg, Alter oder Gesundheit, zurückschickt. Alles Bitten, Flehen, Lächeln oder Weinen ist vergeblich.

"Zurück". Das ist ein Wort, das die britischen Wachtposten ziemlich genau ob seiner Wirkung kennen. Denn niemand wagt dann weiterzugehen. Man kehrt um, muß etwa einen Kilometer ... zurückmarschieren, macht dann einen großen Bogen um den Posten und kommt nach reichlich 2 Stunden mühsamer und angstvoller Wanderung wieder in der Nähe des Dorfes Bremke an.

Da es mehrere Zufahrtswege zu dem Ort gibt, ist es für die wenigen Engländer ziemlich schwer, alle Möglichkeiten im Auge zu behalten. Sind aber die Fremden erstmal im Dorf, werden sie kaum noch kontrolliert.<<

CSR: Ausweisungsbefehl vom 25. Juli 1945 für Ringelshain, Sudetenland (x004/327): >>... Ausweisungsbefehl.

Ich ordne Ihnen an, daß Sie sich heute bis zur 7. Stunde zum Verlassen der tschechoslowakischen Republik vorbereiten.

Es ist Ihnen erlaubt, Gepäck von höchstens 30 kg für eine Person mitzunehmen. Verpflegung für 5 Tage. Von deutschen Banknoten können Sie alle mitnehmen.

Die Schlüssel der Wohnung und des Hauses, versehen Sie mit einem Zettel mit Ihrer Anschrift, übergeben Sie den Sicherheitsorganen.<<

26.07.1945

SBZ: Die Teilnehmer der Potsdamer Konferenz fordern Japan am 26. Juli 1945 zur "bedingungslosen Übergabe" auf.

Nach Churchills Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen tritt der Premierminister am 26. Juli 1945 zurück und verläßt die Potsdamer Konferenz. Mit Churchill räumt der letzte erfahrene und ernstzunehmende Außenpolitiker der westlichen Alliierten das Feld. Danach sind Stalins Pläne nicht mehr zu verhindern.

Churchill berichtet später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg" (x024/126): >>Diese letzte Konferenz der "Drei" endete mit einer großen Enttäuschung. ... Vielleicht hätte man in Potsdam noch etwas retten können, aber die Auflösung der britischen Nationalen Regierung und meine Entfernung vom Schauplatz zu einem Zeitpunkt, da ich immer noch großen Einfluß und große Macht besaß, vereitelten jede befriedigende Lösung. ...<<

Frankreich nimmt erstmalig am 26. Juli 1945 an den Verhandlungen teil, die nach Churchills Rücktritt für 2 Tage unterbrochen werden.

Großbritannien: Nach Bekanntgabe des Resultats der britischen Parlamentswahlen vom 5. Juli 1945 tritt Premierminister Churchill am 26. Juli 1945 zurück. Clement Attlee (Führer der Labour Party) wird mit der Regierungsbildung betraut.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Clement Attlee (x051/42): >>Attlee, Clement, geboren in London 3.1.1883, gestorben in London 8.10.1967, britischer Politiker; ursprünglich Anwalt, seit 1907 Mitglied der Labour Party, 1922-25 im Unterhaus, 1924 Unterstaatssekretär.

Attlee wurde 1935 Parteiführer und lehnte die Appeasement-Politik Chamberlains scharf ab, was ihn 1940 für das Kriegskabinett Churchills empfahl, dessen Stellvertreter er 1942 bis Kriegsende war und den er am 28.7.45 als Premierminister bei den schwierigen Verhandlungen für das Potsdamer Abkommen ablöste. Viele Zugeständnisse an die Sowjetunion wurden ihm später angelastet.

Attlee entließ Indien in die Unabhängigkeit (1947), gab das britische Palästina-Mandat auf und beteiligte sich am Koreakrieg. 1951-55 führte er die Opposition gegen Churchill und saß danach im Oberhaus.<<

27.07.1945

Berlin: Die SMAD erläßt am 27. Juli 1945 folgenden Befehl, um die Berliner Versorgungslage zu entlasten (x116/185): >>Es wurde festgestellt, daß täglich per Eisenbahn 4.000-5.000 Übersiedler in Berlin eintreffen. Zwecks Vermeidung einer Überbevölkerung der Stadt, befehle ich: 1. Die Einreise von Übersiedlern in die Stadt Berlin ohne Erlaubnis des Militärkommandanten der Stadt Berlin zu verbieten. ...<<

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 27. Juli 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/14-15): >>27. Juli 1945. ... Da sitzen sie in abgerissener, schmutziger Kleidung, seit Tagen unterwegs, ohne warmes Essen, ohne ein Bett gesehen zu haben, ohne zu wissen, wie es weiter gehen soll.

Eine alte Dame ist dabei, die vor Erschöpfung in einer Sofaecke eingeschlafen ist, das kleine Bündel letzter Habseligkeiten krampfhaft in beiden Händen auf dem Schoß haltend. Daneben schläft ein 5jähriger Junge, mit verschmiertem Gesicht, dreckigen Händen. ... Die Haare hängen ihm verschwitzt im Gesicht. Immer noch hat er den kleinen, von der Mutter selbstgefertigten Rucksack auf dem Rücken.

Links davon sitzt ein grauhaariger Mann, weit über die Sechzig, in guten, jetzt völlig verstaubten und am rechten Ärmel eingerissenen Kleidern ... Auf den Stühlen hängen ermattet, erschöpft, niedergeschlagen und mutlos Frauen, fast alle in Männerhosen, mit schweren Schuhen an den Füßen. Die Kleider sind derb, manche haben ein Kopftuch auf oder die ungekämmten Haare mit einem Schal zusammengebunden.

Bei keiner Frau ist Schmuck zu sehen. Auch die Eheringe fehlen. Jede hat ein Bündel neben sich stehen, eine jüngere besitzt einen Koffer, auf dem sie mangels einer anderen Sitzgelegenheit Platz genommen hat.

Auf dem Fußboden hinten in der Ecke liegen 5 Kinder, 3 Mädchen und 2 Jungen. Sie haben nicht lange nach einer Ruhestatt suchen können. Die Müdigkeit hat sie einfach übermannt. Daneben hockt, mit dem Rücken zur Wand, ein Beinamputierter. Er hat die Prothese abgesehnallt und neben sich gelegt. ...<<

28.07.1945

SBZ: Die Potsdamer Konferenz wird am 28. Juli 1945 mit dem unerfahrenen britischen Labour-Chef Premierminister Attlee (1883-1967, von 1922-24 Privatsekretär des Labour-Parteiführers, ab 1935 Vorsitzender der Labour-Party, 1945-1951 britischer Ministerpräsident) fortgesetzt.

CSR: In Liberec (Reichenberg) lobt der tschechoslowakische Informationsminister Kopecky am 28. Juli 1945 die "umfassende Hilfe" der sowjetischen Regierung (x028/222-224): >>Marschall Stalin hat selbst das denkbar größte Verständnis für unsere Bemühungen, die Deutschen loszuwerden. ...

Wir werden alle Deutschen vertreiben, wir werden ihren Besitz beschlagnahmen, wir werden nicht nur die Städte, sondern das ganze Gebiet entdeutschen, ... so daß der siegreiche Geist des Slawentums das Land von den Grenzgebieten bis ins Innere durchdringen wird. ...<<

29.07.1945

SBZ: Der sowjetische Außenminister Molotow fordert am 29. Juli 1945 mit allem Nachdruck die Oder und westliche Neiße als Polens Westgrenze (x039/229).

30.07.1945

Berlin: Die erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats (AKR) findet am 30. Juli 1945 statt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Alliierten Kontrollrat (x051/22): >>Alliiertes Kontrollrat, das nach dem Zusammenbruch auf der Rechtsgrundlage der Junideklaration vom 5.6.45 errichtete Organ der Alliierten zur Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland.

Mitglieder: die Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen. Der Alliierte Kontrollrat tagte erstmals am 30.7.45, dann alle zehn Tage unter einem monatlich turnusgemäß wechselnden Vorsitzenden im Gebäude des Berliner Kammergerichts im amerikanischen Sektor Berlins.

Aufgaben: Entscheidung aller Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen, Sicherstellung einer einheitlichen Politik der Besatzungsmächte.

Wegen der Unvereinbarkeit der britisch-amerikanischen mit der sowjetischen, zum Teil auch mit der französischen Besatzungspolitik konnte der Alliierte Kontrollrat in den meisten Fragen nicht die vorgeschriebene Einstimmigkeit erzielen.

Ende des Alliierten Kontrollrates am 20.3.48 nach Austritt der Sowjetunion.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 30. Juli 1945 in ihrem Tagebuch über entlassene deutsche Kriegsgefangene in Berlin (x111/54): >>... Als wandelnde Ruinen wanken sie hin. Beinlose, Armlose, Sieche, Kranke, Verlassene und Verlorene.

An eine Mauer gelehnt steht ein graubärtiger Mann in zerschlagenem Soldatenrock. Er hat die Arme über den Kopf geschlagen und weint in sich hinein.

Menschen fluten an ihm vorüber, bleiben stehen, bilden einen scheuen Kreis um ihn. Er sieht sie nicht ... Er hört sie nicht. Er weint. Es ist entsetzlich, wenn graubärtige Männer weinen. Wenn sie nicht aufhören können zu weinen.<<

CSR: Jan Masaryk (1886-1948, Selbstmord?, Sohn des 1. Staatspräsidenten der Tschechoslowakei) kehrt am 30. Juli 1945 aus dem britischen Exil zurück und übernimmt in Prag den Posten des Außenministers (x005/607).

31.07.1945

SBZ: Die große deutsche Hafenstadt Stettin, die bisher noch nicht ernsthaft als offizielles Abtretungsobjekt erwähnt worden ist, wird während der Potsdamer Konferenz am 31. Juli 1945

trotz ihrer Lage (westlich der Oder) dem polnischen Territorium zugeordnet. Nachdem Stalin die maßlosen sowjetischen Reparationsforderungen reduziert, stimmen die sichtlich erschöpften Westalliierten irgendwann gedankenlos und leichtfertig den sowjetisch-polnischen Gebietsforderungen zu.

US-Außenminister Byrnes stellt lediglich fest, daß die Festlegung der Oder-Neiße-Linie erst nach Abschluß eines Friedensvertrages erfolgen würde und deshalb nicht endgültig sei. Stalin bestätigt diese Feststellung (x039/229).

Nach den Protokollen der US-Delegation bestätigt Präsident Truman zum Schluß (x028/176):
>>Damit ist die polnische Frage erledigt. ...

(Stalin): Stettin liegt auf polnischem Territorium. ...

(Der britische Außenminister Bevin antwortet): Ja, wir sollten die Franzosen verständigen.
...<<

Während der 11. Plenarsitzung am 31. Juli 1945 macht Stalin den Konferenzteilnehmern unmißverständlich klar, daß die "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen auf jeden Fall stattfinden wird (x150/16): >>Es handelt sich nicht darum, daß man die Deutschen einfach nimmt und aus diesen Ländern herausjagt. So einfach ist die Sache nicht. Aber man versetzt sie in eine solche Lage, daß es für sie besser ist, aus diesen Gebieten fortzugehen.

Formal können die Tschechen und Polen sagen, daß es für die Deutschen kein Verbot gibt, dort zu leben, aber die Deutschen werden in Wirklichkeit in eine solche Lage versetzt, daß es für sie unmöglich ist, dort zu leben. ...<<

US-Außenminister Byrnes begreift Stalins Hinweis anscheinend nicht, denn er interpretiert den Art. XIII des Potsdamer Abkommens aus nordamerikanischer Sicht (x150/16): >>...

Wenn diese Regierungen die Deutschen nicht aussiedeln und sie nicht zur Ausreise aus Polen und der Tschechoslowakei zwingen, dann wird dieses Dokument natürlich keine Ergebnisse zeitigen. Tun sie es jedoch, dann können wir sie bitten, diese Handlungen zeitweilig einzustellen. Nach unseren Informationen zwingen sie die Deutschen, Polen und die Tschechoslowakei zu verlassen. Die Umsiedlung der Deutschen in andere Länder vergrößert unsere Bürde. Wir möchten, daß diese Regierungen in diesem Fall mit uns zusammenarbeiten.

Stalin antwortet: "Die Polen und Tschechen werden Ihnen sagen, daß es bei ihnen keine Anordnung zur Aussiedlung der Deutschen gibt. Doch wenn sie darauf bestehen, dann kann ich mich mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, ich fürchte nur, daß er keinen großen Erfolg bringt." ...

Der US-Präsident beendet schließlich die Diskussion über die Umsiedlungsfrage: "Es ist möglich, daß dieser Vorschlag, die bestehende Situation nicht verändert. Doch er gibt uns die Möglichkeit, daß wir uns an diese Regierungen wenden können. ...<<

Die SMAD fordert am 31. Juli 1945 in ihrer Zone die "Schaffung von antifaschistischen Jugendkomitees" (x111/55): >>... Alle anderen Jugendorganisationen: gewerkschaftliche und Sport-Vereine, sozialistische und ähnliche gemeinschaftliche Organisationen außer den oben erwähnten antifaschistischen Jugendkomitees sind verboten.<<

Berlin: Die Berliner Bekenntnissynode erklärt am 31. Juli 1945 (x116/17): >>Unser Volk, das zu 90 % aus getauften Christen bestand, hat sich unter geringem Widerstand die christliche Prägung seines staatlichen und kulturellen Lebens in kürzester Frist rauben lassen. Das ist eine für uns Deutsche tiefbeschämende Tatsache. ...

Wir müßten weit zurückgehen in der Geschichte des deutschen Geistes, um darzutun, warum wir uns so leicht haben verführen lassen. Eine Fehlentwicklung von langer Hand hat uns dahin gebracht, daß wir in der Stunde der Versuchung versagt haben. ...<<

Der Tageskaloriensatz in Berlin beträgt am 31. Juli 1945 nur 1.345. Das sind 205 Kalorien weniger als im Mai 1945 (x111/55).

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Juli 1945 aus Bayern

(x124/40): >>... Die Franzosen plündern ihre Zone nicht nur wie die Russen aus, sondern verschleppen arbeitsfähige Männer gleichfalls zur Zwangsarbeit.

In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ... Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglich geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die Plünderungen in Westdeutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.

Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzminen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.

Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner – Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.

Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.

Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, der Library of Congress in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten (illegal, aber geduldet), gelangte nach Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford in seinem Buch "The Spoils of World War II" fest. ...<<

CSR: In dem Aussiger Vorort Schönriesen ereignen sich am 31. Juli 1945 nach einer Explosion (in einem Lager für deutsche Beutemunition) unfabbare Ausschreitungen. Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche werden auf den Straßen verfolgt und niedergeschlagen. Als die deutschen Arbeiter nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilen, werden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Viele Frauen und Kinder erleiden dasselbe Schicksal.

Bei diesen Massenausschreitungen kommen etwa 700 bis 2.700 deutsche Zivilisten um (x004/72). Das Explosionsunglück wird später von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion der "Werwölfe" ausgelegt.

Die den Deutschen zur Last gelegte Explosion in Aussig-Schönriesen wird von den Tschechen umgehend genutzt, um die Weltöffentlichkeit von der andauernden Bedrohung durch die Sudetendeutschen und von der Notwendigkeit ihres baldigen Abschubs zu überzeugen (x004/72).

Ein ehemaliger tschechischer Funktionär der Aussiger Verwaltungskommission berichtet später in London über das Massaker an der deutschen Bevölkerung in Aussig vom 31. Juli 1945 (x005/284-286): >>... Es muß eine richtige Darstellung der Ereignisse (in Aussig) vom 31.07.1945 gegeben werden, die man vielleicht das Gegenstück zu Lidice nennen kann.

Die Sache wird früher oder später ventiliert werden, und wir müssen davon selber sprechen,

wenn wir nicht wie die Deutschen kollektiv abgeurteilt werden sollen. Eben weil sich der 3. Jahrestag dieses Massakers nähert, das ausschließlich auf die Rechnung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei geht, halte ich es für richtig, als Augenzeuge und Funktionär der damaligen Verwaltungskommission die Ursache der damaligen Explosion und die unmenschlichen Repressalien zu schildern, die ihr folgten:

In unserer Gegend endete die letzte Phase der Kämpfe der deutschen Armee des Generals Schörner am 9. Mai 1945. Alle Straßen und Gassen in den Städten waren durch Kolonnen von Autos, Geschützen und Munition verstopft. Am nächsten Tag, am 10. Mai, begann man mit dem Aufräumen. Waffen und Munition wurden in Lagern der ehemaligen Zuckerraffinerie in Schönriesen gelagert, die während des Krieges in die "Deutschen Kabelwerke" verwandelt worden waren. In diesem Unternehmen waren Hunderte neuer Flugzeugmotoren gelagert. Dahin wurden Granaten, Panzerfäuste und andere Munition zusammengefahren.

Militär, das sich aus der benachbarten Eckelmanschen Likörfabrik genügend Spirituosen besorgte, versah den Aufsichts- und Wachdienst, wobei auf eine richtige Lagerung nicht geachtet wurde, im Gegenteil, man warf alles durcheinander. Daher kam es zur Katastrophe.

Am 31.07.1945, um 15.45 Uhr, erfolgte die erste Explosion, die die Fenster im Umkreis von 3 km erschütterte. Niemand in der Stadt ahnte in diesem Augenblick, daß dies das Signal zum Morden war. Militär umgab die Elbe-Brücken, und als um 16.10 Uhr kommunistische Provokateure in Begleitung von Leuten in russischen Uniformen eintrafen, begann man mit den "Exekutionen".

Die Deutschen, die weiße Armbinden trugen und von der Arbeit heimkehrten, wurden die ersten Opfer auf der Benes-Brücke. Das Militär, das vom Vorsitzenden des Ortsnationalausschusses in Aussig ... Herrn Vondra aufgefordert worden war, jedes Massaker zu verhindern, folgte dieser Aufforderung nicht und mordete mit. Eine Mutter, die ihr Kind im Wagen über die Brücke fuhr, wurde mit Latten erschlagen, mit dem Kind über das Gelände in die Elbe geworfen, unter Begleitfeuer aus Maschinenpistolen.

Ein weiterer Vorfall, der mir in Erinnerung blieb und mich mein ganzes Leben begleiten wird, war jener deutsche Antifaschist, der nach 4 Jahren aus dem Konzentrationslager zurückkehrte und als Monteur bei der Firma Brönnner beschäftigt war. Diesem deutschen Kämpfer gegen den Faschismus, B., wurden die Haare ausgerissen und dann der Bauch durchschossen. Er starb auf der Stelle.

Dergleichen Vorfälle gab es Hunderte. Auf der Brücke und auf dem Hauptplatz wurden Leute erschlagen und in die sog. Luftschutz-Wasserbehälter geworfen.

In 3 Stunden waren mehr als 2.000 Menschen erschlagen. Die Toten wurden geplündert, von internierten Deutschen auf Autos geladen und zur Kremation nach Theresienstadt gefahren. Die Begleiter der Toten kehrten nicht zurück.

Nach diesem Massaker kamen am 1. August 1945 der Innenminister Nosek und der Nationalverteidigungsminister General Svoboda in die Stadt. Es kam zu scharfem Meinungs austausch in dem Rate der Verwaltungskommission. Freilich änderte dies nichts an der Tatsache, daß es durch Fahrlässigkeit von seiten der militärischen Verwaltung zu der Explosion gekommen war.

Dieser Umstand entschuldigt aber in keiner Weise den Minister Nosek. Denn weder das Militär, noch die Polizei haben Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, im Gegenteil, sie haben selbst zu den Unruhen noch aufgereizt. Durch die Unfähigkeit und die Undiszipliniertheit der militärischen Funktionäre hat die tschechische Bevölkerung in Schönriesen Sachschäden im Werte von 8 Millionen Kc erlitten, abgesehen von dem Verlust zahlreicher Heime. Und die deutsche Bevölkerung bezahlte mit dem ungewöhnlichen Verlust von zum Großteil unschuldigen Menschenleben nur deshalb, weil sich der Pöbel bereichern und sich ihres Eigentums bemächtigen wollte.

Lidice war ein lebendiges Denkmal des unseligen "Furor teutonicus", und Aussig a.E. war die Rehabilitierung der deutschen nazistischen Mörder. Die Zahl der Opfer war hier fast die vierfache. Wird dieses Verbrechen nicht als "Furor Czechoslovaka plebs" in die Geschichte eingehen?"

Wir haben nichts, was wir dieser schrecklichen Schilderung hinzufügen könnten. Vielleicht nur eines: Ob eine derartige Aufpeitschung niederster Leidenschaften nicht beabsichtigt war, um die sittlichen Grundlagen des Volkes zu untergraben und zu vernichten, das auf diese Weise betäubt und für den Schlachthof vorbereitet wurde? ...<<

Großbritannien: Alois Ullmann (der nach seiner Haft im KZ Dachau die "Aussiedler-Betreuungsaktion" der sudetendeutschen Sozialdemokraten bzw. Antifaschisten leitet) schildert am 31. Juli 1945 britischen Reportern (Londoner "Times" und "BBC") die Lage in der CSR und schreibt ferner an einen tschechischen Staatsmann (x005/518-519): >>Es entsteht eine solche Gefahr für das Volk Masaryks, daß die Folgen für die Zukunft nicht abzusehen sind. Denn wer ständig auch den primitivsten Eigentumsbegriff verletzt - primitives Eigentum ist Wohnungseinrichtung, Kleidung, also das, was der Mensch zu einem geordneten Leben braucht - wird schweren moralischen Schaden erleiden. Ebenso der, der die Gebote der Menschlichkeit mehr oder weniger übertritt.

Das Schicksal bewahre das tschechische Volk vor den zwangsläufigen Folgeerscheinungen des vorstehend Angeführten. Recht und Gesetz existieren im Grenzgebiet gegenwärtig überhaupt nicht. Nicht für die Sudetendeutschen als die Verfolgten (Antifaschisten), nicht für die Tschechen als Verfolger. Der eine tut was er will, der andere duldet was er muß. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, wer sich schuldig gemacht hat, soll bestraft werden. Die Strafe soll streng sein, aber nur der Richter hat Recht zu sprechen. ...<<